

I
Die »Machtergreifung«
durch die Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei

Mit wachsender Besorgnis hatten die schweizerischen Blätter die sich immer mehr zuspitzende innenpolitische Lage Deutschlands im Laufe des Jahres 1932 verfolgt; denn es stand für sie außer Frage, daß das Schicksal des Nachbarlandes ganz Europa und auch die Schweiz in mannigfacher Beziehung berühren mußte. Im Reich jagten sich Wahlgänge und Wahlkämpfe mit steigender Heftigkeit und Leidenschaft. Das Faustrecht begann immer offensichtlicher den Kampf mit den Waffen des Geistes zu verdrängen. Höher und höher stieg die Flut des politischen Extremismus, so daß die antiparlamentarischen Parteien, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 zusammen die absolute Mehrheit inne hatten und das Parlament arbeitsunfähig machen konnten. Die Gefahr, daß die Weimarer Republik zwischen den politischen Extremen zerrieben werden könnte, wurde damit immer deutlicher.

Während die Organe der kleinen rechtsextremen Gruppen, der *Eiserne Besen* der Nationalen Front und der *Eidgenosse* des »Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen«, den Aufstieg der NSDAP mit freudiger Zustimmung verfolgten und gar der Erwartung Ausdruck gaben, »daß der Nationalsozialismus ungefragt über unsere Grenzen kommen und durch die Gewalt seiner Idee unserem Eigenleben in einem Maße seinen Stempel aufdrücken« werde, »den wir noch nicht vorprophezeien wollen«², begegnete die übrige Schweizerpresse je nach ihrer politischen Einstellung der Erscheinung des Nationalsozialismus in einer Haltung, die von kritischer, abwartender Prüfung bis zu offenem Haß reichte.

Immerhin hatte das Anwachsen der Bewegung Hitlers im Laufe des Jahres, mindestens aber seit Brünings Sturz, bei den meisten Blättern die Überzeugung reifen lassen, daß eine »Machtergreifung«, oder wenigstens der Versuch einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung, sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen. »Die chiliastische Bewegung Hitlers, dieses politischen Wiedertäufers, hat fast ein Drittel des Reiches erobert. Ein weiteres Steigen der nationalsozialistischen Wellen über den Pegelstand der letzten Länderwahlen hinaus, würde der nicht mehr aufzuhaltenden Machtergreifung Hitlers präcludieren«, schrieb die *NZZ* am 14. März 1932³, nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Und einen Kommentar zur Ernennung von Papens zum Reichskanzler am 1. Juni versah sie mit der vielsagenden

2. *EB*, 18.06.1932

3. Nr. 479

Unterschrift »Zwischen Brüning und Hitler«⁴. Nach dem Rücktritt Brünings zeigte sich die Lage unsicherer als je, und dieses »Stadium der Experimentalpolitik«⁵ erschien vielen Beobachtern als weitere Vorbereitung für eine Kapitulation Deutschlands vor dem Nationalsozialismus. Auch der Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932, die Stimmenverluste bei den Thüringer Gemeindewahlen und die innere Krise der NSDAP taten dieser Auffassung keinen Abbruch. Es war für die Blätter jedenfalls keine große Überraschung, daß Hitler nach dem Sturz Schleichers am 30. Januar 1933 den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt.⁶

Pressekommentare zur Machtergreifung

a) Das Kabinett Hitler

In der Beurteilung der Berufung Hitlers zur Kanzlerschaft, lassen sich in der deutschschweizerischen Presse auf den ersten Blick drei Gruppen von Meinungen unterscheiden, die besonders hervorstechen.

Die Haltung der *bürgerlichen Blätter* ist kritisch, aber zurückhaltend und abwartend. Sie betrachten dieses Kabinett der »Harzburger Front« mit deutschnationaler Mehrheit, aber unter der Leitung des nationalsozialistischen Führers, als einen gefährlichen Versuch. Dieser sei angesichts der verworrenen innenpolitischen Lage des Reiches notwendig geworden, weil er der stärksten Partei Gelegenheit gebe, sich in der Mitverantwortung an der Regierung zu bewähren. Nicht um eine völlige Machtübernahme handle es sich, sagte die *NZZ*, sondern, man möchte die Nationalsozialisten »in die Wolle verpacken (...)«. Der »gewiß verzweifelte Versuch, die deutsche Krise einmal an der Wurzel zu fassen und eine in der demagogischen Verneinung des Bestehenden großgewordenen Partei der Bewährungsprobe praktischer Arbeit zu unterwerfen«, sei eine »offenkundig unaufschiebbare und unumgängliche Notwendigkeit geworden (...)«.⁷ Mehrheitlich hoffen die Blätter, daß es gelingen möge, den Nationalsozialismus auf diese Weise zu bändigen.

»Freilich« meinen die *Basler Nachrichten*, »Bär bleibt Bär, auch wenn man ihm einen Ring durch die Nase zieht und ihn an der Leine führt. Seine Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit hängt nicht vom Ring und von der Leine, sondern von der Geschicklichkeit und Energie des Bärenführers und des sonstigen Wartepersonals ab. Bärenführer ist im vorliegenden Falle Herr von Papen. Er in erster Linie hat des Widerspenstigen Zähmung zustande gebracht (...). Als Vizekanzler und kommissarischer preußischer Ministerpräsident wird

4. *NZZ*, 05.06.1932/1037

5. *NZZ*, 06.06. 1932/1047

6. Zur Geschichte der Machtergreifung, besonders zur Bedeutung von Brünings Sturz vgl. Rudolf Pechel, »Deutscher Widerstand«, Zürich 1947, S. 15 ff., ferner Friedrich Meinecke, »Die Deutsche Katastrophe«, Zürich/Wiesbaden 1946, S. 92 ff.

7. *NZZ*, 31.01.1933/187

Herr von Papen nun dafür zu sorgen haben, daß sein Virtuosenstück kein böses Ende für das Reich nimmt (...).«⁸

Auch die verhängnisvollen Kräfte, die hinter den Kulissen Hitlers Erhebung ermöglichten, kommen zur Sprache, so z.B. wenn die *Thurgauer Zeitung* schreibt: »Adolf Hitler, der den Reichskanzler von Schleicher nicht gestürzt hat, ist von der Schwerindustrie und vom Großgrundbesitz zum Sturze Schleichers benützt worden (...).«⁹

Die bürgerlichen Blätter messen im allgemeinen der Haltung der katholischen Zentrumspartei große Bedeutung zu und das Schicksal des deutschen Parlamentarismus erscheint ihnen zunächst noch keineswegs besiegelt. Hitler müsse seine Sache besser machen als die von ihm so maßlos kritisierten Vorgänger, sonst werde er in kurzer Zeit politisch erledigt sein, meint man. Die Feier der Machtergreifung mit ihren rauhen Tönen der Überheblichkeit und der Kriegsbegeisterung jedoch wird mit Beunruhigung und Abscheu betrachtet.

Mehr und mehr gewinnt in den folgenden Wochen diese besorgte, ablehnende Tendenz die Oberhand. Die Auflösung des Reichstages und die Ansetzung von Neuwahlen auf den 5. März, die Regierungserklärung Hitlers, die Notverordnungen des Reichspräsidenten und die sich darauf stützenden ersten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition, sowie die Einsetzung von SA und SS als Hilfspolizei, deuteten an, daß sich am 30. Januar mehr ereignet hatte, als ein bloßer Regierungswechsel.

Die Auflösung des erst kürzlich gewählten Reichstags erweckt, wie die *NZZ* schreibt, den Verdacht, »daß die jetzt im Besitze des Regierungsapparates (...) befindlichen Harzburger Parteien die Wahlen zu ›machen‹ beabsichtigen (...)«; nicht nur durch überwältigende, von der Regierungsmacht geförderte Propaganda, sondern auch durch Terror: »Die einseitige Verteilung der Risiken des Wahlkampfes und Wahltages - diese Risiken schließen bekanntlich auch den plötzlichen Todesfall in sich - wird unter Umständen eine abschreckende Wirkung auf gewisse Parteien und Wählerkreise zeitigen«. Ein Wahlkampf terroristischen Charakters aber »müßte zu einer Verschärfung der moralischen-politischen Krise in Deutschland führen, deren Folgen unabsehbar wären (...).«¹⁰

Während die *Basler Nachrichten* zunächst noch annehmen, daß dem deutschen Volk »loyal-demokratisch Gelegenheit zu einer demokratischen Willensäußerung« gegeben werde, schlägt das *Vaterland* ähnlich wie die *NZZ* skeptische, ja ironische Töne an: »Nun stelle man sich einmal vor, welchen Agitationswert die Tatsache besitzt, daß der Abgott Hitler nun wirklich oben steht und damit in der Vorstellung vieler die Macht besitzt, alle Teufel auszutreiben, die bisher mit spitzen Gabeln und weißglühenden Zangen den armen deutschen Mann gestochen und gezwickt. Da werden auch jene, die schon wieder hinter

8. *BN*, 31.01.1933

9. *Th Z*, 31.01.1933

10. *NZZ*, 02.02.1933/204

dem Ofen saßen, weil sie keinen Dauer-Mut besitzen, wieder unter Heilrufen dem Massenzug an die Urnen sich eingliedern (...). Und dazu die äußere Macht des Regierungsapparates und unter hochobrigkeitlichem Schutz das Walten des ›Stahlhelms‹ und der nationalsozialistischen Wehrorganisation. Ei, ei, ei, ei, ei! Wir sagen kein Wort zu viel, aber irgendwie muß eine derartige Hochrüstung, offiziös begnadet in einem Wahlkampf sich auswirken. Denn der Mensch ist schwach und die Organisation stark (...).« Im übrigen vertritt das Blatt jetzt die Meinung, die im Laufe dieser Wochen - an manchen Orten früher, an andern etwas später - fast in der gesamten bürgerlichen Presse und in allen linksgerichteten Blättern zum Ausdruck kommt: Der Ausgang der Wahlen werde an der politischen Situation in Deutschland nichts mehr ändern. Falls die alte Konstellation im Reichstag bestehen bleiben sollte, werde dieser wahrscheinlich durch Notstandsrecht ausgeschaltet werden: »So oder anders winkt der Regierung Hitler der freie Raum, um ihr Können den klingenden Verheißungen gemäß, vor aller Welt zu demonstrieren (...).«¹¹

Ein Teil der bürgerlichen Blätter befaßt sich eingehend mit Hitlers Regierungsaufwurf vom 2. Februar. Das ist deshalb besonders interessant, weil hier erstmals ein Problem anklingt, welches in den folgenden deutsch-schweizerischen Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle spielen sollte: Die Stellungnahme der schweizerischen Presse zu nationalsozialistischen Geschichtsfälschungen. Hitler hatte sich mit scharfen Worten gegen die »Verräter« von 1918 gewandt.

Der Kommentator des *Vaterland* bekennt offen, daß eine solche Hitler-Rede zunächst große Wirkung ausübe. »(...) und nun stellen wir uns den Volkstribun mit seiner sonoren Stimme und der weitgreifenden Geste im Milieu enttäuschter, erbitterter, zerschlagener Volksmassen vor. Den wahren Wert des Aufrufes erkennen wir erst bei ruhiger Analyse und etwelchem Nachdenken.« Und was ist dieser Wert? »Verlogenes Demagogentum« sagt der Redaktor. Die Zentrumsleute und die Sozialdemokraten hätten nach 1918 »auf den Trümmern eine neue Ordnung aufgerichtet«, während die »Bestennten« sich verkrochen hätten oder ins Ausland gegangen seien. Zur Behauptung Hitlers, 14 Jahre Marxismus hätten Deutschland ruiniert, sagt der gleiche Artikel: »Welches kindliche Vertrauen auf krasse Gedankenarmut der deutschen Öffentlichkeit« und weist darauf hin, daß neun Jahre von diesen vierzehn unter dem Zepter Hindenburgs verlebt worden seien und daß neun bürgerliche Reichskanzler drei marxistischen gegenüberständen. Auch sonst stehe die Behauptung, daß der Marxismus Deutschland verelendet habe, als »blindwütiger demagogischer Ausfall da (...). Der Herr Reichskanzler wird erst noch lernen müssen, den Einfluß der Wirtschaftskrisis richtig einzuschätzen (...).« Mit Erstaunen vermerkt das Blatt das Verhalten der nicht-nationalsozialistischen Mitglieder des Kabinetts Hitler, die dieser »wüsten

11. *Vaterland*, 04.02.1933

Verallgemeinerung« und den Anklagen gegen Regierungen, denen sie zum Teil selbst angehört hatten, durch die Mitunterzeichnung des Aufrufes ihren Segen gaben. »Weiter kann wahrhaftig die Selbstentäußerung nicht getrieben werden.«¹²

Ähnlich, aber unter Hinzufügen eines weiteren Gesichtspunktes kommentiert die *Thurgauer Zeitung* den Aufruf: »Die maßlosen Anklagen Hitlers gegen die ›Verräter‹ des deutschen Volkes vom Jahre 1918 und in den Regierungen der letzten vierzehn Jahre, sind eine ungeheuerliche Verdrehung der historischen Wahrheit (...). Die Behauptung, daß der Allmächtige Deutschland seit den Tagen des Verrats allen Segen entzogen habe, und die häufige Anrufung des göttlichen Namens, die eine besonders peinliche Geschmacklosigkeit des Aufrufs an das deutsche Volk war, wirkt im Rahmen solcher Demagogie als Heuchelei, und zahllose gute Christen in Deutschland werden das nicht anders denn als Lästerung empfinden (...).«¹³

Je weiter die innere Entwicklung Deutschlands im ersten Monat des Regimes Hitler fortschreitet, desto skeptischer wird der Ton der bürgerlichen Kommentare, desto mehr nimmt die Meinung überhand, daß offenbar diejenigen Recht hatten, welche der »Geschicklichkeit und Energie des Bärenführers und des sonstigen Wartepersonals« nicht recht trauten.

Am 17. Februar schreibt das *Vaterland*: »Die Frage: ›Wer lenkt und wer bildet sich ein zu lenken?‹ ist zur Zeit offen (...).«¹⁴ Zu Görings Aufforderung an die Polizei, »auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung gegen SA und Stahlhelm unter allen Umständen zu vermeiden«, dagegen »dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten (...)«¹⁵, sagt das katholisch-konservative Organ im gleichen Artikel: »In der neueren Geschichte steht diese brutal nackte, hochobrigkeitliche Aufforderung an die Polizei, Partei zu nehmen, sozusagen einzig da. Auch die Versicherung Görings, die willfähigen Organe wider alle Angriffe rückhaltlos zu decken, nimmt sich prächtig aus (...). Wir aber möchten angesichts solcher Kulturblüten mit Adolf Hitler gegen die ›Hitler‹ sagen: ›An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.‹ (...)«¹⁶

Während sich so in dieser ersten Gruppe von Meinungsäußerungen eine deutlich wahrnehmbare Wandlung zeigt, ist eine solche bei der zweiten, die durch die *sozialdemokratische* und *kommunistische Presse* gebildet wird, viel weniger ausgeprägt. Denn die Blätter der Linken hatten sich von Anfang an

12. *Vaterland*, 04.02.1933

13. *Th Z*, 02.02.1933

14. *Vaterland*, 17.02.1933

15. In dem Erlaß Görings vom 17.02.1933 heißt es weiter: »Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden, ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen (...)«. Zit. bei Konrad Heiden, »Geburt des Nationalsozialismus«, Zürich 1934.

16. Wendung, die Hitler gegenüber den Weimarer Regierungen gebrauchte.